

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/AVIII/60

Bonn, den 27. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Politische Bildungsarbeit heute notwendiger denn je !</u>	85
	Jeder Pfennig dafür ist gut angelegt Von Wolfgang Schwabe, MdB Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für Heimatdienst	
3	<u>Episode Bidault</u>	27
	Viel zuviel Wind	
3	<u>Teil des großen Gesprächs</u>	25
	Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels bei der SPD-Bundestagsfraktion	
4 - 5	<u>Präliminarien für Berlin-Gespräche</u>	71
	Diffamierungsfeldzug gegen die Bundesrepublik Von Eberhard Zachmann, Berlin	
6	<u>Das Recht auf Unterrichtung</u>	50
	Geheimniskrämerei - unbekannt in Schweden Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Politische Bildungsarbeit, heute notwendiger denn je !

Jeder Pfennig dafür ist gut angelegt

Von Wolfgang Schwabe, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums  
der Bundeszentrale für Heimatdienst

Die Bundeszentrale für Heimatdienst als zentrale Stelle für die politische Bildungsarbeit wurde vor zehn Jahren unter Zustimmung aller Fraktionen des Bundestages in's Leben gerufen. Sie gehört zu den Einrichtungen, die im dritten Reich untergegangen waren; ihr etwas schwer verständlicher Name rührt aus der Schlußphase des ersten Weltkrieges und einem hoffnungsvollen republikanischen Neubeginn im Anschluß daran. Im Parlament und bei der Exekutive wirkten damals aufrechte Demokraten um Verständnis für eine neue Staatsform, die den Deutschen ungewohnt war und - nehmt alles nur in allem - ungeliebt geblieben ist. Die links- und rechtsradikale Unkrautsaat des Hasses ist im Staat von Weimar schneller aufgegangen und hat, wir alle beklagen es, alle anständigen und freiheitlichen Bemühungen um den demokratisch-parlamentarischen Aufbau überwuchert.

Viele glaubten, daß die schrecklichen Lehren des "Dritten Reiches" und des zweiten Weltkrieges unser Volk zwangsläufig auf den Weg der gerechteren Staatsform gewiesen hätten. Eine freiheitliche Ordnung im Innern, ein ehrliches und ständiges Bemühen um die Wiedervereinigung, das Ringen um ein Höchstmaß an Zusammenarbeit und Freundschaft mit unseren Nachbarvölkern gehören zu den Stationen dieses Weges. Sie sind als Zielsetzung mehr oder weniger allgemein anerkannt. Der politischen Bildungsarbeit bleibt die Aufgabe, den Staatsbürger von heute und mehr noch den von morgen zu überzeugen, daß er diese Ziele nicht nur alle vier Jahre durch seine Stimmabgabe für eine der demokratischen Parteien billigt. Er soll vielmehr immer wieder angeregt werden, selbst aktiv mitzuwirken. Natürlich kann das nicht jeder von Haus aus. Aber bekanntlich ist überall da, wo ein Wille ist, auch ein Weg.

Wegbereiter

Zu den Wegbereitern gehört im vorliegenden Fall die Bundeszentrale für Heimatdienst; viele kennen sie noch gar nicht und daraus ergibt sich die Notwendigkeit, diese Einrichtung - trotz allem Verständnis für die historische Überlieferung - nunmehr so zu benennen, daß der interessierte Bürger sie auf Anhieb zu erkennen und sich daraufhin auch ihrer zu bedienen vermag. Auf der Suche nach dieser zutreffenden Bezeichnung fand man es allgemein gut, den Namen "Bundeszentrale" beizubehalten, weil er von der Sache her nach wie vor zutrifft und sich von der Überlieferung her bewährt hat. Neu bliebe dann die als notwendig aus dem Namen her zu definierende Zweckbestimmung des gesamten Unternehmens. Im Abwägen verschiedener Vorschläge und Möglichkeiten erscheint als glücklichste Lösung der Name: "Bundeszentrale für staatsbürgerliche Bildung". Die Bezeichnung birgt nach Ansicht der Vorschlagenden im notwendigen Maß auch das aktive Bildungsbemühen des Einzelbürgers, dem die Bundeszentrale helfen soll, während dem Begriff "politische Bildung" mehr an Kathederdemonstration und Hinnehmendwägen inneohnt.

### 20 Pfennig pro Kopf und Jahr

Im Haushaltsplan 1963 ist der Ansatz für die Bundeszentrale erstmalig über die 10-Millionengrenze gestiegen. Erfreulicherweise besteht bei allen Fraktionen Übereinstimmung, daß diese Gelder gut angelegt und eigentlich noch immer zu niedrig bemessen sind. Aus der Sicht der Opposition ist gerade in der Rückschau auf die innerpolitischen Ereignisse des abgelaufenen Jahres festzustellen, daß bis auf die Regierungsbank hinauf staatsbürgerliche Bildungslücken zu beklagen sind. In einem Land, in dem die Demokratie und ihre Handhabung noch so neu und ungewohnt ist, sind freilich für dieses Unterrichtsfach 20 Pfennige pro Bürger und Jahr ein recht bescheidener Bundesbeitrag. Die notwendigen Ergänzungen aus anderen, ähnlichen Titeln und die tatkräftigen Bemühungen der Länder um die gleiche gute Sache lassen hoffen, daß eine langsam spürbare positive Entwicklung weiter anhalten mag. Dabei kann man keineswegs beim Althergebrachten alleine verweilen, sondern muß in sinnvoller Weise neben den bewährten Maßnahmen neue Wege suchen.

So erscheint es dringend notwendig, den Nutzen der zahlreichen Gruppenbesuche im Deutschen Bundestag durch eine leichtfassliche Schrift für jeden einzelnen Gast des Parlaments zu vertiefen. Jeder Schüler sollte darüber hinaus auch wieder einen Fahrradwimpel mit den Bundesfarben als Andenken mit nach Hause nehmen können.

Die bewährten Bonner Lehrerseminare für Lehrer aller Schularten aus dem ganzen Bundesgebiet sollten eine Ergänzung finden durch ebenso wohlüberdachte Seminare über den heutigen Stand und die erstrebten Ziele der europäischen Einrichtungen. Die sorgfältige Auswahl der Teilnehmer, die gründliche Vorbereitung, der persönliche Kontakt mit der europäischen Verwaltung und dem Europäischen Parlament werden den Lehrer in die Lage versetzen, seine Schüler überzeugend, ja vielleicht sogar begeisternd für Europa zu gewinnen. Besser jedenfalls als nur aufgrund noch so fleißiger, rein theoretischer Studien der einschlägigen Broschürenliteratur.

### Aktuelles Thema: Hundert Jahre SPD

Zu den aktuellen Themen dieses Jahres wird der einkundertste Geburtstag der ältesten deutschen Partei, der SPD gehören. Eines der Publikationsmittel der Bundeszentrale wird hierzu aus historischer Sicht berichten. Es bleibt zu hoffen, daß auch bei der Einzelbewilligung fakultativer Förderungsmittel für die Maßnahmen verschiedener Organisationen und Bildungsträger dieses bedeutende Thema gebührend berücksichtigt wird.

Schließlich bleibt auch zu erwägen, wie man die verdienstvolle Tätigkeit der Bundeszentrale im Bereiche der sogenannten "Zeitgeschichte" einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht. Manche Kritiker des In- und Auslandes, die da glauben, es geschähe "gar nichts oder viel zu wenig" auf diesem Gebiet, könnten durch eine ständige Dokumentation aus der Arbeit der Bundeszentrale in sachlicher, wohl auch überzeugender Art eines besseren belehrt werden. Vielleicht bietet sich im Bundestag, wo die meisten ausländischen Diplomaten, Gäste und Publizisten aus- und eingingen, ein geeigneter Platz für eine solche Übersichtsschau.

## Episode Bidault

sp - Der frühere französische Ministerpräsident und jetzige sich als "Hauptgegner" de Gaulles führende Georges Bidault hat die Bundesrepublik verlassen. Niemand wird ihm eine Träne nachweinen. Warum wir überhaupt dieser Episode noch einige Zeilen widmen? - Um unserem Erstaunen darüber Ausdruck zu geben, daß man in der Bundesrepublik wegen dieser Angelegenheit soviel Wind gemacht hat. Da hat man Herrn Bidault wochenlang gefragt, ob er so freundlich sein wolle, die im Asylrecht vorgeschriebene politische Enthaltsamkeit zu üben? Da hat man Herrn Bidault eigens zum Zweck des Besuchs eines Gottesdienstes ein Polizeiaufgebot zur Verfügung gestellt. Da sind Kuriere, mittlere und höhere Beamte zwischen München und Steinsbach kutschiert; natürlich alles auf Kosten der Steuerzahler. Auf die Idee, Herrn Bidault freundlich aber bestimmt in ein vor ihm zu wählendes Flugzeug zu setzen, als er zögerte, die Bedingungen des Asylrechts anzuerkennen, ist man offensichtlich nicht gekommen. Wenn sich irgendein Gastarbeiter nach seinen gewerkschaftlichen Rechten erkundigt und begreiflicherweise aufsässig wird, wenn man ihm bedeutet, er solle den Mund halten, wird ohne zu fackeln die "Rückverweisung in das Heimatland wegen politischer Betätigung" angeordnet. Jordanieren, die hier einen Arbeitsplatz gefunden haben, denen ihr Arbeitgeber ausgezeichnete Zeugnisse ausstellt, werden wegen eines kleinen Formfehlers abgeschoben. Herr Bidault jedoch füllte wochenlang, unterstützt von seinen geschäftstüchtigen Publikationsmanagern, die Spalten der deutschen Presse. Wir scheinen in der Bundesrepublik noch immer nicht das Gefühl für Proportionen gefunden zu haben.

\* \* \*  
Teil des großen Gesprächs

sp - Alle waren sich darüber einig: das Gespräch zwischen Vertretern der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und Mitgliedern der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion wird gute Früchte tragen. Der Wunsch zu dieser Begegnung bestand auf beiden Seiten; sie wird nicht die Letzte bleiben. Sie ist Teil der Bemühungen der deutschen Sozialdemokratie, mit allen meinungsbildenden und gesellschaftlichen Kräften, die die vielschichtige Gesamtheit unseres Volkes im Industriezeitalter ausmachen, in engem Kontakt zu bleiben, um ihnen ihre Vorstellungen von einem gerechten Staat, der die Heimstatt aller ist oder sein soll, zu vermitteln. Freilich ist dies kein einseitiger Vorgang. Eine Partei wie die SPD, dem Ganzen sich verpflichtend fühlend, bedarf der vielseitigen Anregungen, sie verschließt sich ihnen nicht, auch dann nicht, wenn sie zu bestimmten Korrekturen der einzelnen Haltung führen. Sie meint es sehr ernst mit ihrem Bestreben, alle staatshaltenden und gesellschaftsbildenden Kräfte zu gemeinsamem Wirken hinzulenken. Der deutsche Einzelhandel ist mit seinen zwei Millionen Mitgliedern ein wichtiger Faktor der bundesrepublikanischen Wirklichkeit. Seine Funktion in der modernen Gesellschaft ist unersetzlich, seine Wünsche, Forderungen und Vorstellungen verdienen Beachtung. Das überaus lebhaftes Frage- und Antwortspiel zeugte von der Aufrichtigkeit, einander anzuhören, und auf vielen Ebenen gab es gemeinsame Berührungspunkte, wie etwa in der Frage einer gesicherten Berufsausbildung unserer heranwachsenden Jugend. Das heutige Schulsystem weist Mängel auf, die sich auch auf den Einzelhandel auswirken und gewiß nicht durch Rationalisierung allein behoben werden können. Hier und auch auf dem Gebiet einer gerechteren Steuerpolitik gehen die Zielsetzungen der SPD mit denen des Einzelhandels konform.

Präliminarien für Berlin-Gespräche

Diffamierungsfeldzug gegen die Bundesrepublik  
Von Eberhard Zachmann, Berlin

Der Initiative Moskaus zu neuen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Berlin ist in Ostberlin eine Art Begleitmusik vorausgegangen, deren Ziel unverkennbar ist. Da ist zunächst die Tatsache, daß die SED-Presse nun schon seit über einer Woche keinen Tag vergehen läßt, an dem sie nicht den Versuch unternimmt, Westberlin von neuem als ein "Pulverfaß" hinzustellen, das angeblich den nach der Kuba-Krise mühsam gesicherten Frieden gefährdet.

Die Sprengstoff-Explosionen, die auf das Konto einer kleinen Gruppe von Extremisten gehen und vom Westberliner Senat eindeutig als unverantwortliche Handlungen verurteilt worden sind, werden in Ostberlin mit deutlicher Absicht als das Werk des "Fronstadtensats" angeprangert, wobei man nicht nur von einer angeblichen Billigung dieser Aktionen durch die zuständigen Westberliner Stellen spricht, sondern auch die Behauptung aufstellt, hinter dieser Angelegenheit stehe niemand anderes als die in Westberlin vorhandene Vertretung der Bundesregierung selbst.

Auch die sowjetische Presse und die Zeitungen des Ostblocks tönen in dasselbe Horn der Falschmänner, ohne Zweifel mit der Absicht, am Vorabend der neuen amerikanisch-sowjetischen Berlin-Gespräche den Boden für entsprechende Forderungen der Sowjets vorzubereiten. In welcher Richtung dabei die Moskauer Marschroute verlaufen wird, ist schon jetzt unschwer zu erkennen.

Durchsichtiges Ziel

Die Sowjets wollen offensichtlich einen neuen Versuch unternehmen, das zwischen Westberlin und der Bundesrepublik bestehende, für Westberlin lebensnotwendige Band zu zerschneiden. Der Diffamierungsfeldzug der Ostberliner Presse gegen die Bundesbehörden in Westberlin soll offenbar für die bevorstehenden Gespräche "Argumente" liefern. Dabei glaubt man auch, die Bestürzung, die in den US-Dienststellen in Westberlin über die Sprengstoffaktionen zu verzeichnen ist, ausnützen zu können.

Schließlich ist es wohl auch kein Zufall, daß zur gleichen Zeit, als in Westberlin die Polizei nach Sprengstoffattentätern suchen mußte, eine Delegation des sogenannten "DDR-Komitees zum Schutz der Menschenrechte" der UNO-Kommission für Menschenrechte in Genf eine Art Memorandum übergab, in dem schwere Anklagen gegen die Justiz der Bundesrepublik erhoben wurden. Man scheute sich dabei nicht, die Behauptung aufzustellen, in der Bundesrepublik werde das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, auf Versammlungs- und Ver-

einigungsfreiheit verletzt, weil man sich gezwungen sah, kommunistische, im Auftrag Pankows tätige Agenten festzunehmen. War den Überbringern dieses Pankower "Memorandums" nicht bekannt, daß der Vorwurf der Verletzung der Menschenrechte einzig und allein die Kommunisten in Ostberlin trifft, die seit der Errichtung der Schandmauer über hundert Menschen abschießen ließen, nur weil sie die Flucht zu ihren Frauen oder Männern oder anderen Verwandten in Westberlin wagten?

#### Angriffspunkt Richtergesetz

Das von neuem inszenierte Geschrei gegen Westberlin ist nur auf dem Hintergrund der kommunistischen Bestrebungen verständlich, bei den bevorstehenden neuen Berlin-Gesprächen die Trennung Westberlins von der Bundesrepublik zu verlangen. Für diese Tendenz spricht auch die Tatsache, daß lange vor den Sprengstoffexplosionen in Westberlin die östliche Seite auf höchster Ebene Proteste gegen die Übernahme des Richtergesetzes durch Westberlin einlegte. Nicht nur die Regierung der Sowjetzone, sondern auch die Sowjetzonenregierung protestierten formell bei den Westmächten dagegen, daß die Richter in Westberlin den Eid auf das Grundgesetz der Bundesrepublik ablegen und der Disziplinargerichtbarkeit des Bundes unterstellt werden. In den Noten Moskaus und Pankows sprach man sogar von einer "Provokation", ein "auf dem Territorium der "DDR" liegendes Gebiet wie Westberlin" der Justiz der Bundesrepublik zu unterstellen.

Ohne Zweifel verfolgt Ostberlin damit aber noch ein besonderes Ziel: Man will offenbar künftig alle Gerichtsurteile, die von Westberliner Gerichten ergehen, als rechtsunwirksam deklarieren. Damit würde nicht nur der zur Zeit noch bestehende gegenseitige Rechtshilfeverkehr zwischen Ost- und Westberlin unmöglich gemacht werden, der die gegenseitige Anerkennung der Urteile auf beiden Seiten zur Voraussetzung hat - soweit es sich nicht um Urteile in politischen Verfahren handelt - sondern auch ein Präjudiz in einem Rechtsstreit geschaffen werden, der zwischen den zuständigen Senatsstelle in Westberlin und der Leitung der SED Berlin-West anhängig ist und dessen Entscheidung in der nächsten Zeit ansteht.

Wenn nicht alles trügt, will die SED künftig alle Gerichtsurteile in Westberlin unter Hinweis auf die angebliche Rechtswidrigkeit des Richtergesetzes für ungültig erklären.

+ + +

## Das Recht auf Unterrichtung

Geheimniskrämerei - unbekannt in Schweden

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Die Frage, ob und wie die Öffentlichkeit offener und eingehender von den Behörden über allgemeine Angelegenheiten unterrichtet werden kann, wird in Dänemark debattiert, nachdem ein parlamentarischer Ausschuss sich mehr als sieben Jahre mit diesem Problem beschäftigt hat. Von der Presse und verschiedenen Interessen-Vertretungen wurde verlangt, nicht nur der Staat, sondern auch die kommunalen Behörden sollten die Türen öffnen, damit jede Zeitung und sogar jede Einzelperson alle Unterlagen in Sachen, die von öffentlichem Interesse sind, zur Verfügung erhalten und sich orientieren können. Es wurde besonders auf Schweden hingewiesen, wo jedermann, zu jeder Zeit, sich an sämtliche staatlichen und kommunalen Behörden wenden kann, mit dem Verlangen, alles auf den Tisch zu legen, was ihm oder ihr interessant erscheint.

In Schweden gibt es laut Gesetz eine offene behördliche Aufklärung wie nirgendwo anders auf der Welt. Abgesehen von hochpolitischen Sicherheitsfragen, die besonders geheim gestempelt werden müssen, hat jedes Ministerium in der Tat die Pflicht, sich dem Verlangen nach Einsicht in den Unterlagen zu unterwerfen. Man kann überall hingehen und verlangen, man möchte diese oder jene behördlichen Dokumente zur Einsicht bekommen und sicher sein, daß der Beamte die Dokumente zur Verfügung stellen wird. Es geht so weit, daß der Neugierige oder Wissensdürstige sogar das Recht hat, die Post, die jeden Morgen an die Ministerien oder andere öffentliche Institutionen eingeht, durchzulesen noch bevor sie an die verschiedenen Instanzen weitergeleitet wird. Wenn ein "Fall" auftritt, wo der Verdacht besteht, die Behörden umgeben sich mit Geheimniskrämerei, kann der Journalist - und wie erwähnt der Privatmann - zu den betreffenden Behörden gehen und mit dem Hinweis auf den Paragraphen so und so verlangen, die Unterlagen zu Gesicht zu bekommen.

Das Resultat dieses erzieherischen Öffentlichkeitsrechts der Presse und der Staatsbürger ist, daß die Schweden im allgemeinen weit mehr über allgemeine öffentliche Sachen orientiert sind, als es anderswo der Fall ist. Minister und Beamte wissen, daß die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, lückenlos unterrichtet zu werden; so hat sich eine Aufklärungspraxis eingespielt, die den Staatsbürgern die Gewissheit gibt, es wird nichts hinter verschlossener Türen verborgen gehalten.

Ein ähnliches System wollte man auch in Dänemark einführen, aber so weit wie in Schweden wird es wahrscheinlich nicht kommen. Seit der Ausschuss sich der Sache vor sieben Jahre annahm ist in Dänemark die Institution des Ombudsmands (des vom Parlament eingesetzten öffentlichen Beauftragten) eingeführt, und im Folketing haben die Volkvertreter die Möglichkeit, zu jeder Zeit Auskunft von den verschiedenen Ministern zu verlangen. Außerdem ist die dänische Presse - wenn vielleicht manchmal auch nur aus Konkurrenz - daran gewöhnt, mit den Regierungsmitgliedern und Beamten vertraulich umzugehen, wobei das Informationsrecht und das Recht, Quellen nicht preiszugeben, weitgehend respektiert werden. Deshalb hat die Mehrheit des Ausschusses sich dagegen gewehrt, die "Geheimniskrämerei" durch eine "Öffentlichkeitskrämerei" zu ersetzen. Eine Minderheit verlangt aber nach noch grössere Offenheit bei der behördlichen Aufklärung als bisher, obwohl man in Dänemark nicht so weit gehen will, daß jede Privatperson morgens die an die Behörden gerichtete Post lesen kann.